

Lernen aus der Krise – Verteilungsgerechtigkeit schaffen

Ihr Gesprächspartner: Rudolf Kaske
Ort: Wien
Datum: 11. November 2010

Es gibt eine Alternative zur Politik, die uns in die Krise führte...

Als GewerkschafterInnen hören wir fast jeden Tag von PolitikerInnen und Wirtschaftsfachleuten wie es angeblich „richtig“ geht. Seit drei Jahrzehnten ist weltweit die Rede von mehr Flexibilität, mehr Deregulierung und vom Vorrang des „freien“ Marktes.

Dieses Denken hat zur größten Wirtschaftskrise seit 1929 geführt. Führende Ökonomen sehen als wesentliche Ursache für die Entstehung der Krise die weltweiten Ungleichgewichte. Die Rede ist von den drei „U-s“.

Was ist damit gemeint?

Es geht um

- die Unvernunft auf den Finanzmärkten
- die Ungleichgewichte im Außenhandel, also darum, dass viele Industrieländer ein Lohn- und Preisdumping betreiben, anstatt die Kaufkraft im eigenen Land durch faire Löhne zu stärken
- und um die zunehmende Ungleichheit innerhalb unserer Gesellschaften.

vida geht es um die Bekämpfung dieser Krisenursachen. Deshalb steht im Mittelpunkt des neuen Grundsatzprogrammes unserer Gewerkschaft der Einsatz für Verteilungsgerechtigkeit.

Steuern sind zum Steuern da

Unser Modell der Vermögensbesteuerung

vida tritt für die Einführung einer progressiven Vermögenssteuer mit einer abgestuften Freibetragsregelung ein. Pro Haushalt soll ein Betrag von **500.000 Euro als Freibetragsobergrenze** gelten. Der Steuertarif beginnt mit 0,05 Prozent und steigt bis 5 Prozent für Vermögen ab 5 Millionen Euro an.

Das vida-Vermögensteuermodell umfasst 16 Steuerstufen. Die jeweiligen Vermögensteile des Gesamtvermögens werden wie bei der Einkommen- und Lohnsteuer gemäß den unterschiedlichen Sätzen je Steuerstufe besteuert.

Auswirkungen unseres Modells:

Der viel zitierte Häuslbauer wird durch unser Modell nicht belastet (500.000 Euro sind in alter Währung beinahe 6,9 Mio Schilling). Erfasst werden die **wohlhabendsten zehn Prozent**. Insgesamt erbringt das vida-Vermögensteuermodell rund 5 Milliarden Euro.

Für die Wiedereinführung der Erbschafts- und Schenkungssteuer

Beim Erben gilt das Prinzip: Wer hat, dem wird gegeben.

Die meisten erben gar nichts, einige erben etwas und wenige erben sehr viel. Eine Erbschaftssteuer wäre also ganz sicher keine Massensteuer – sie ist zudem auch eine Steuer, die NICHT auf die Masse überwältzt werden kann.

2006 gab es 62.399 Erbfälle. In 17 Fällen machte das Erbe mehr als 1.095.000 Euro aus (5 Fälle davon waren Erbschaften von mehr als 4.380.000 Euro).¹ In zwei Drittel der Fälle machte das Erbe dagegen maximal 7.300 Euro aus.

Um die kleinen Erbschaften auszunehmen und die größeren Erbschaften zu erfassen, tritt vida auch bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer für die Festlegung eines **Freibetrages** ein. Und auch bei dieser Steuer sollte das Prinzip gelten: wer mehr erbt, zahlt mehr, deshalb soll auch bei dieser Steuer eine **Progression** vorgesehen sein.

Für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer

Zusätzlich muss das Geschehen auf den Finanzmärkten streng reguliert, kontrolliert und bei Verstößen sanktioniert werden.

Zu den Steuerplänen der Regierung

Die Budgetpläne der Regierung enthalten auf der Einnahmenseite erste Schritte in die richtige Richtung (Einschränkung der Steuerprivilegien der Stiftungen, Besteuerung aller Gewinne aus Aktienverkäufen mit 25 Prozent, Bankenabgabe).

Jetzt geht es darum, in einem zweiten Schritt die Vorarbeiten für die Einführung einer Vermögensteuer anzugehen. Dazu gehört eine Überarbeitung des Bewertungsgesetzes (Grundlagen dafür könnten sein: die Kaufpreissammlungen, die auch öffentlich geführt werden; Immobilienpreisspiegel).

Für einen starken Sozialstaat

vida tritt für die Ausweitung der Daseinsvorsorge und gesetzlich geregelte Mindestversorgungsstandards in diesem Bereich ein. Bundesgesetze sollen das Angebot an öffentlichen Dienstleistungen in Abhängigkeit von der Bevölkerungsdichte festlegen.

¹ 2006 betrug die durchschnittliche Erbsumme 56.000 Euro, der Median lag bei 22.000 Euro, was die hohe Streuung der Erbsumme belegt.

Pflege und Betreuung ausbauen

Großen Handlungsbedarf sehen wir angesichts der Alterung unserer Gesellschaft insbesondere im Bereich Pflege und Betreuung. Auch der Rechnungshof hat mehrfach die hier herrschende Vogel-Strauss-Politik kritisiert:

„Es existiert weder eine umfassende Absicherung gegen das finanzielle Risiko der Pflegebedürftigkeit, noch eine Garantie, dass die notwendigen Pflegeleistungen angeboten bzw. auch tatsächlich qualitativ hochwertig erbracht werden².“

vida fordert zur Anstoßfinanzierung eine **Sozialmilliarde** sowie die Einrichtung eines bundesweiten **Pflegefonds**. Laut Auskunft von ExpertInnen fehlen allein in der mobilen Pflege und Betreuung rund 6.000 Arbeitskräfte. Gibt es keine Ressourcen, können diese Arbeitsplätze nicht besetzt werden – das geht zulasten der aktuell Beschäftigten und der betreuungsbedürftigen Menschen.

Zu den geplanten Einsparungen beim Pflegegeld

vida erteilt der Erschwerung der Zugangsbedingungen zu den beiden ersten Pflegegeldstufen eine klare Absage. Diese Maßnahme trifft insbesondere NiedrigeinkommensbezieherInnen.

Die Einschnitte beim Pflegegeld haben auch Auswirkungen auf die Zuerkennung von Sachleistungen. Denn ob und in welchem Ausmaß die Länder Betreuungsbedürftigen Leistungen wie Essen auf Räder, Besuchsdienst und den Einsatz von Heimhilfen bzw. Hauskrankenpflege zuerkennen, hängt mit der jeweiligen Pflegegeld-Einstufung zusammen.

Aktuell nehmen 13 Prozent der BezieherInnen von Pflegegeld der Stufe 1 Sachleistungen in Anspruch, bei der Pflegegeldstufe 2 sind es 20 Prozent. Um die zweckgebundene Verwendung des Pflegegeldes zu erhöhen, wäre eine Koppelung an Sachleistungen sinnvoll.

Mit den geplanten Einschnitten wird der entgegengesetzte Weg beschritten: der Zugang zu den Geldleistungen wird erschwert, ohne dass es im Gegenzug eine Ausweitung der Sachleistungen gibt.

Auch auf die Qualität der Arbeitsplätze im Bereich der mobilen Betreuung wird sich die Erhöhung des Stundenbedarfs bei den Pflegestufen 1 und 2 negativ auswirken. Fallen Einsätze im Bereich der Haushaltsführung und für die Aktivitäten des täglichen Lebens weg (Einkaufen, Besuchsdienst,...) werden sich die Arbeitseinsätze noch stärker als bisher auf Spitzenzeiten konzentrieren (morgens, mittags, abends). Das bedeutet, dass durchgehende

² RH-Dokument „Arbeitsgruppe Verwaltung neu – Gesundheit und Pflege“, Stand 31.05.2010

Tagesdienste noch seltener werden; geteilte Dienste und damit die Belastung in der mobilen Betreuung werden weiter steigen.

Für eine solidarische Lohnpolitik

vida hat in den vergangenen Jahren in allen Bereichen mit KV die Sozialpartnereinigung zu 1.000 Euro Mindestlohn umgesetzt. **1.300 Euro Mindestlohn** in allen Branchen ist für uns das nächste Ziel. Im Bereich des Reinigungsgewerbes haben wir das vor kurzem erreicht: für die 40.000 Beschäftigten in der Reinigung gilt ab 1.1. 2011 ein Mindestlohn von 1.302 Euro.

Im vida-Grundsatzprogramm ist auch die Forderung nach **Einkommenstransparenz** verankert. vida begrüßt die geplante Novelle zum Gleichbehandlungsgesetz, die ab 2011 die schrittweise Einführung von Einkommensberichten in den Betrieben vorsieht. Großen Änderungsbedarf sehen wir allerdings beim Thema Sanktionen. Denn ArbeitnehmerInnen, die Details über die offengelegten Bezüge ausplaudern, drohen Strafen bis zu 1.500 Euro. Betriebe, die ihrer Berichtspflicht nicht nachkommen bzw. nichts zur Reduzierung der Einkommensschere unternehmen, haben nichts zu befürchten.

Mehr Chancen für unsere Jugend

Bildung ist in Österreich in hohem Maß vererbt. Es gilt deshalb dringend, die Durchlässigkeit des Bildungssystems zu erhöhen und insgesamt bessere Bedingungen für Lehrlinge und Studierende zu schaffen. Einer zukunftsorientierten Politik muss die bestmögliche Ausbildung unserer Jugend und damit mehr Mittel für diesen Bereich ein Anliegen sein.

Aus diesem Grund lehnt vida auch die geplante Streichung der **Familienbeihilfe für Studierende über 24 und für arbeitssuchende Jugendliche zwischen 18 und 21** sowie in der **Behaltefrist** nach dem Ende der Lehrzeit entschieden ab.